

Integration vorantreiben, Parallelgesellschaften verhindern, Fachkräfteengpässe lindern!

Die Flüchtlingszahlen in Deutschland sind aktuell – im März 2016 – auf ein Hundertstel ihrer Höchststände des vergangenen Herbstes abgesunken. So wurden beispielsweise am 22. März nur noch 99 Neuankömmlinge gezählt – verglichen mit täglich rund 10.000 in den Herbstmonaten. Doch ein Grund zur Entwarnung, was Deutschlands Integrationskapazitäten anbetrifft, ist dies nicht: Zum einen können die Flüchtlingszahlen wieder steigen, wenn mit dem milderem Frühjahrswetter der Zustrom über das Mittelmeer anschwillt, sich nach der Schließung der mazedonischen Grenze andere Fluchtrouten auftun oder die Umsetzung des EU-Türkei-Abkommens anläuft. Zum anderen aber steht Deutschland vor der Herkulesaufgabe, diejenigen in unsere Gesellschaft zu integrieren, die nach strenger und möglichst rascher Prüfung bei uns bleiben. Fördern und fordern, Bildung und Beschäftigung ermöglichen, gleichzeitig aber auch intensive Eigenanstrengungen abverlangen, sind dabei die Schlüssel.

1.091.894 Immigranten hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2015 in Deutschland erfasst. Hinzu kommt eine Dunkelziffer derer, die unser Land ohne Registrierung erreicht haben. Ein Großteil der Immigranten wird eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland erhalten, denn Syrer, Afghanen, Iraker und Iraner, die das Gros der Ankömmlinge stellen, werden nur in Ausnahmefällen abgewiesen.

Wie groß die Integrationsaufgabe ist, lässt beispielsweise das sehr niedrige durchschnittliche Bildungsniveau der Neuankömmlinge erahnen: Nach Berechnungen des ifo-Instituts weisen syrische Jugendliche gegenüber gleichaltrigen Deutschen einen Bildungsrückstand von rund fünf Schuljahren auf. Bei allen Unschärfen der verfügbaren Zahlen dürften rund zwei Drittel der ankommenden Flüchtlinge ohne berufsqualifizierenden Abschluss sein, etwa jeder Fünfte ist Analphabet. Soweit die besorgniserregenden Aspekte.

Ermutigend dagegen: Über die Hälfte der Flüchtlinge ist jünger als 25, rund 70 Prozent sind jünger als 30, rund 80 Prozent jünger als 35. Wenn wir es richtig anpacken, hat ein Großteil dieser jungen Menschen gute Perspektiven, noch einen kräftigen Entwicklungsschub zu machen und seine bisher brachliegenden Potenziale besser auszuschöpfen. So können die Immigranten einen Beitrag leisten, um die sich mit dem demographischen Wandel auftuenden Fachkräfteengpässe zu lindern. Prof. Dr. Axel Börsch-Supan, Direktor des Munich Center for the Economics of Aging, weist zu recht darauf hin: Nicht nur die (im Durchschnitt geringen) Kenntnisse, sondern auch die Fähigkeiten und Charaktereigenschaften der Zugewanderten entscheiden maßgeblich darüber, welche Aufgaben sie in unserer Wirtschaft und Gesellschaft übernehmen können.

Und da ist Prof. Börsch-Supan mit Blick auf die Flüchtlinge optimistisch: Wer die monatelange, strapaziöse und gefährliche Flucht nach Deutschland auf sich genommen hat, bei dem liegt die Vermutung nahe, dass er mutig, belastbar, unternehmungslustig und tatkräftig ist. Statt es sich in der sozialen Hängematte bequem zu machen,

dürfte für viele von ihnen ein starker Aufstiegs-wille charakteristisch sein. Das ist in vielen von Einwanderung geprägten Ländern zu beobachten

Unsere Verantwortung ist es, Flüchtlingen den Einstieg in den Aufstieg am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, hierfür den Bildungszugang zu erleichtern und Beschäftigungshürden abzubauen. Gelingt uns dies, können die Angekommenen unserer Wirtschaft einen Schub verleihen und unsere Fachkräftelücke verringern.

Misslingt es uns, dann werden unsere öffentlichen Haushalte durch den Flüchtlingszustrom nicht nur in 2016, sondern über einen unabsehbaren Zeitraum hinweg jährlich mit zweistelligen Milliardenbeträgen belastet. So erwartet das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, dass die Flüchtlingskrise die Zahl der Hartz IV-Empfänger bis 2019 um eine ganze Million in die Höhe treiben wird. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat jüngst prognostiziert, dass im Zuge des Flüchtlingszustroms die Arbeitslosenzahl in Deutschland bis Ende 2017 um eine Viertelmillion ansteigen wird. Es droht das Entstehen von Parallelgesellschaften mit Folgen wie in Paris oder Brüssel, wenn der Ehrgeiz hunderttausender junger Männer in unserer Arbeitswelt ins Leere läuft und ihre Unruhe sich stattdessen andere Ziele sucht.

Für bessere Bildungs- und Beschäftigungsperspektiven der Flüchtlinge fordert der Wirtschaftsrat:

- Fördern und Fordern als Leitgedanken unseres Sozialsystems auch in der Flüchtlingsintegration von Beginn an konsequent umsetzen: Wer auf Hilfe angewiesen ist, um für seinen eigenen Lebensunterhalt zu sorgen und möglichst rasch aufzusteigen, der soll hierfür die notwendige Unterstützung erhalten. Wer aber nicht zu den erforderlichen Eigenanstrengungen bereit ist und beispielsweise Kurse „schwänzt“, dem müssen die staatlichen Leistungen gekürzt werden.
- Verpflichtende Sprach- und Integrationsförderung sicherstellen: Unabdingbar für eine gelingende Integration sind das schnelle Erlernen der deutschen Sprache sowie Verständnis und Beachtung der Rechts- und Werteordnung des Grundgesetzes. Der rasche Zugang der Immigranten zu entsprechenden Sprach- und Integrationskursen muss deshalb sichergestellt und verpflichtend werden. Gleichzeitig sollten neuankommende Flüchtlinge mit einem „Starterpaket“ über grundlegende verwaltungstechnische Abläufe sowie Rechte und Pflichten in Deutschland informiert werden.
- Schulbesuch ausweiten: Gerade angesichts der häufig eklatanten Defizite bei elementaren Kenntnissen wie Lesen, Schreiben und Rechnen sind alle Bundesländer aufgefordert, für Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive den Schulbesuch nach spätestens drei Monaten sicherzustellen und Willkommensklassen insbesondere an den Berufsschulen bedarfsgerecht auszubauen. Zudem müssen die Länder bundesweit die Schulpflicht über das 18. Lebensjahr hinaus ausdehnen, wenn dies zur Erlangung eines Abschlusses erforderlich ist.
- Residenzpflicht durchsetzen: Die große Zahl von Flüchtlingen erfordert deren kontrollierte Verteilung über das gesamte Bundesgebiet. Ziel sollte es sein, eine übermäßige Konzentration bestimmter ethnischer Flüchtlingsgruppen gerade in urbanen Ballungsgebieten zu verhindern, weil ansonsten die Entstehung bzw. Verfestigung von Parallelgesellschaften droht. Außerdem benötigen Integrations-

maßnahmen Zeit, so dass eine Residenzpflicht die integrationspolitische Planbarkeit deutlich verbessern würde.

- Rechtssicherheit bei der beruflichen Ausbildung von Flüchtlingen schaffen: Für Asylbewerber mit Bleibeperspektive muss künftig für die Dauer der Ausbildung und nach erfolgreichem Abschluss für zwei Anschlussjahre der Aufenthalt bundesweit verlässlich gesichert sein. Dies muss auch jenseits der bisherigen Altersgrenze von 21 Jahren gelten.
- Bürokratische, zeitraubende abstrakte „Vorrangprüfung“ beim Arbeitsmarktzugang abschaffen: Wenn die Arbeitsverwaltung nicht kurzfristig nachweist, dass ein konkreter, geeigneter einheimischer Bewerber eine Stelle fristgemäß besetzen kann, muss die Erlaubnis zur Beschäftigung eines Flüchtlings künftig als erteilt gelten.
- Generelle Erlaubnis zur Aufnahme von Ausbildung oder Beschäftigung nach spätestens drei Monaten Aufenthalt in Deutschland erteilen, wenn Menschen eine hohe Wahrscheinlichkeit auf Anerkennung als Asylberechtigte besitzen.
- Zeitarbeitsverhältnisse mit Erlangung der Beschäftigungserlaubnis für Flüchtlinge zulassen.
- Flüchtlinge in die generell geltenden Ausnahmeregelungen für Langzeitarbeitslose vom Mindestlohn einbeziehen. Gleichzeitig sollte die Aufnahme mindestlohnfreier Orientierungspraktika bis zu einer Dauer von zwölf Monaten ermöglicht werden.

Die skizzierten Maßnahmen fordern die Integrationskapazitäten unserer Gesellschaft auf das Äußerste. Umso wichtiger ist die rasche Prüfung der Asylanträge und die in allen Bundesländern gesicherte zeitnahe Abschiebung abgelehnter Bewerber. Denn letztlich kann Deutschland nur durch eine Konzentration auf die wirklich Verfolgten seine große Aufgabe bewältigen: Die Integration der Zuwanderer in Arbeit und Gesellschaft, ohne die Grenzen der eigenen Belastbarkeit zu überschreiten.